



11. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

6. Juli 1960

Staaten und Regierungschefs wurden. Zugleich andererseits wurde deren Anwesenheit als Zeugenschaft dafür gewertet, daß die österreichisch-sowjetische Gesellschaft keineswegs eine den kommunistischen Zielen dienende Tarnorganisation darstelle.

Die häufig bei solchen Anlässen geäußerte Meinung der Bundesregierung, die österreichische Bevölkerung sei gegen den Kommunismus immun genug, um auch eine solche Art und Flut von Propaganda ohne Schaden überstehen zu können, ist schon deswegen keine Entschuldigung, weil in der übrigen Welt ein solches Verhalten unweigerlich zu Fehlschlüssen über den politischen Standort Österreichs führen muß. Es darf nicht verschwiegen werden, daß schon das Programm des Staatsbesuches erhebliches Befremden auslösen mußte, weil die Absicht des Ministerpräsidenten Chruschtschow, sich als Kommunist propagandistisch in Szene zu setzen, offenkundig wurde. Umso mehr hätte man von der Bundesregierung erwarten müssen, daß sie den sowjetischen Regierungschef aufmerksam machen würde, daß Österreichs Neutralität unseren Staat verpflichte, korrekte und freundschaftliche Beziehungen nach allen Seiten aufrecht zu erhalten, und daß außerdem 97 % der österreichischen Bevölkerung weder kommunistische Propagandareden noch herabsetzende Erklärungen gegen Staaten zu hören wünschte, die Österreich in schwerster Zeit durch eine großzügige Wirtschaftshilfe zu neuem Leben verholfen hatten. Es muß aufrichtig bedauert werden, daß es der Bundesregierung nicht gelungen ist, den sowjetischen Ministerpräsidenten auf dieses selbstverständliche Verhalten in Österreich festzulegen. Als erstaunlich müssen es die anfragestellenden Abgeordneten aber bezeichnen, daß der österreichische Regierungschef solche Veranstaltungen auch noch mit seiner Anwesenheit auszeichnete.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundeskanzler die

A n f r a g e :

- 1.) Hat die Bundesregierung die anlässlich des Chruschtschow-Besuches einzuschlagende Taktik beraten und den Versuch unternommen, dafür zu sorgen, daß sich der Staatsbesuch des Ministerpräsidenten Chruschtschow in dem üblichen Rahmen eines Staatsbesuches unter Verzicht auf propagandistische Aktionen abwickeln würde?
- 2.) Was hat den Herrn Bundeskanzler und einige andere Regierungsmitglieder bewogen, an der Kundgebung der österreichisch-sowjetischen Gesellschaft teilzunehmen, obwohl bekannt war, daß diese Veranstaltung rein politisch-propagandistische Zwecke verfolgen würde?
- 3.) Wer ist im übrigen für die bei einem Staatsbesuch keineswegs übliche Übertragung einer politischen Propagandarede auf dem Heldenplatz verantwortlich?